

5.7.17

# Studenten fordern Aufarbeitung

*PH-Parlament positioniert  
sich zu Berufsverboten*

jola. Mehr als 50 Lehrerinnen und Lehrer, die an der Pädagogischen Hochschule (PH) in Heidelberg studierten, waren und sind seit den siebziger Jahren von Berufsverboten betroffen. Deutschlandweit wurden 1250 Bewerber nicht für die Beamtenlaufbahn zugelassen. Der Grund: Zweifel an ihrer Verfassungstreue, obwohl sie nie einer verbotenen Organisation nahe standen. Das Studierendenparlament der PH äußerte nun seine Solidarität mit den Betroffenen und fordert Aufklärung und Entschädigung.

Anlass für die Stellungnahme war die Eröffnung der Wanderausstellung „Vergessene Geschichte“, die die Historie der Berufsverbote aufarbeitet und noch bis 19. Juli in der Alten PH zu sehen ist. Zur Eröffnung der Ausstellung verabschiedete das Studierendenparlament die Stellungnahme mit 13 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen. Das Gremium betont darin seine Unterstützung für die Forderungen der Betroffenen „nach Aufarbeitung, Rehabilitierung und Entschädigung“. Außerdem verlangen die Studenten von der Landesregierung und dem Landtag, „entsprechende Beschlüsse zu fassen und umzusetzen“.

Martin Hornung von der „Initiativgruppe 40 Jahre Radikalen-erlass“, deren Mitglieder aus Baden-Württemberg der Ausstellung weitere Tafeln hinzufügten, freut sich über die Solidarität der Studenten. Der PH-Alumnus war in den siebziger Jahren vom Berufsverbot betroffen, arbeitete bis zur Rente als Metallarbeiter und engagierte sich im Betriebsrat und in der IG Metall.